

06.07.2008 - 13:55 Uhr

Nicht tolerierbare Einmischung der Nationalbank in die Lohnverhandlungen

Bern (ots) -

- Hinweis: Hintergrundinformationen können kostenlos im pdf-Format unter <http://presseportal.ch/de/pm/100003695> heruntergeladen werden -

Die Schweizer Arbeitgeber haben in den letzten Jahren den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihren Anteil am Aufschwung vorenthalten. Nun geben ihnen für die bevorstehende Lohnrunde hoch-bezahlte Vertreter insbesondere aus der Nationalbank (Mitglied des SNB-Direktoriums Thomas Jordan in der "NZZ am Sonntag"), aber auch aus der Verwaltung (Seco-Chef Jean-Daniel Gerber im "Sonntag") noch Schützenhilfe bei dieser verfehlten Lohnpolitik. SNB-Direktor Jordan droht den Sozialpartnern sogar, bei einem vollen Teuerungsausgleich bei den Löhnen eine restriktivere Geldpolitik zu machen und damit mehr Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen. Diese Drohungen und diese Einmischung in die Lohnverhandlungen sind für die Schweizer Gewerkschaften nicht nur nicht tolerierbar, sondern sie basieren auch auf einer falschen Analyse der wirtschaftlichen Ausgangslage.

Lohnverhandlungen in der Schweiz sind Sache der Sozialpartner. Die Behörden haben sich hier nicht einzumischen. Wenn sich die Behörden aber Sorgen um die Teuerung in der Schweiz machen, müssen sie die Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Denn diese machen die Preise, nicht die Arbeitnehmenden.

Für die Schweizer Gewerkschaften ist der Teuerungsausgleich nicht verhandelbar. Die höheren Lebenshaltungskosten müssen durch Lohnerhöhungen ausgeglichen werden. In den kommenden Lohnverhandlungen werden sogar substantielle Realloohnerhöhungen möglich sein, ohne dass höhere Preise die Folge sind. Warum?

1. Die Löhne haben in den Aufschwungsjahren seit 2004 nicht mit der steigenden Produktivität der Beschäftigten in der Schweiz mitgehalten. Davon profitiert haben die Arbeitgeber. Weil sie den Belegschaften ihren Anteil am Aufschwung nicht gewährt haben, konnten sie ihre Margen deutlich ausweiten. Eine Lohnerhöhung in diesem Herbst könnten die Arbeitgeber problemlos bezahlen, ohne dass sie deshalb ihre Preise erhöhen müssten. Einzig die Margen würden sich wieder normalisieren.

2. Die Preise werden von Arbeitgebern gemacht. Wer sich Sorgen um die hohen Preise in der Schweiz macht, muss bei den Arbeitgebern den Druck ansetzen und nicht bei den Arbeitnehmenden. Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren ihre Preise deutlich erhöht. Während die Konsumentenpreise beispielsweise 2006 und 2007 um 1,1 bzw. 0,7 Prozent gestiegen sind, erhöhten die Unternehmen ihre Produzentenpreise im Inland um 2,7 bzw. 2,5 Prozent. Die Schweizer Arbeitgeber haben insbesondere davon profitiert, dass die Preise für importierte Konsumgüter viel weniger stark gestiegen sind, als die Preise für Produkte, die in der Schweiz produziert wurden. Selbst Firmen, welche die Teuerung voll ausgeglichen haben, haben ihre Margen durch Preiserhöhungen für ihre Produkte deutlich ausweiten können.

3. Zahlreiche Unternehmen und Branchen in der Schweiz profitieren vom höheren Ölpreis. Das sind Rohstoffhändler, Industriefirmen, das Baugewerbe, der öffentliche Verkehr etc. Wer verliert, sind die Konsumentinnen und Konsumenten bzw. die Arbeitnehmenden, die mehr für Heizung und Verkehr bezahlen müssen. Diese Verluste müssen ausgeglichen werden.

Kontakt:

Daniel Lampart, Tel. 079-205 69 11

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100565372> abgerufen werden.